

**Zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit**  
**Balancierte Einkommensverteilungen, auskömmliche Löhne und**  
**Überwindung von Hunger und Not als Schlüsselthemen**



© jutamatk - Fotolia.com

Positionspapier  
Beirat des Ökosozialen Forums Deutschland

## **Zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit**

### **Balancierte Einkommensverteilungen, auskömmliche Löhne und Überwindung von Hunger und Not als Schlüsselthemen**

Die weltweite Situation bezüglich Armut und Hunger, aber auch die Situation bezüglich marginalisierter Beschäftigter, verschärft sich permanent. Milliarden Menschen leben in prekären Verhältnissen. Sie verfügen nicht über die zum auskömmlichen Überleben notwendige Kaufkraft. Die sich verschärfenden Verhältnisse bzgl. Ressourcenverbrauch und -verteilung, die sich z.B. in Form von „land grabbing“ und „water pollution“ manifestieren, und die zunehmende Spekulation im Bereich der Nahrungsmittel, verbunden mit der Ausweitung des Fleischkonsums und der Nutzung von Bioenergie, verschärfen die Situation für diejenigen, die keine auskömmlichen Beschäftigungen bzw. andere Zugänge zu Einkommen haben.

Ein Teil der Menschen lebt mittlerweile in einer Art ökonomischer Sklaverei. Eine marktfundamentalistische Propaganda versucht uns zu vermitteln, dass dies so in Ordnung sei, dass Wirtschaft nur so funktionieren kann und dass so irgendwann die Armut überwunden wird. In den USA gibt es jetzt in mehreren Bundesstaaten Bemühungen, die Arbeit von Gewerkschaften signifikant zu erschweren und sie im öffentlichen Sektor sogar zu verbieten. Dieses Vorgehen wird in den Kontext des Umgangs mit der Schuldenkrise gesetzt, in der ohnehin bereits in der Folge einer unzureichenden Regulierung der Weltfinanzmärkte massiv von unten nach oben umverteilt wurde.

Dem stehen ausgehandelte Verträge, die Menschenrechte konkretisieren, gegenüber. Nach der Universellen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht auf einen adäquaten Lebensstandard für sich und seine Familie. Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte präzisiert dies gerade in Hinblick auf u.a. Arbeitsbedingungen, Entlohnung und soziale Sicherheit. Worte und Verträge einerseits sowie konkretes Handeln und politisches Entscheiden in der Realität stehen also in krassem Widerspruch zueinander.

Der wissenschaftliche Beirat des Ökosozialen Forums Deutschland stellt sich dem vermeintlichen Mainstream einer marktfundamentalen Doktrin mit ihren nun deutlich erkennbaren friedensgefährdenden Auswirkungen entgegen. Wir sehen als Beirat die Weltgemeinschaft in der Pflicht, gemäß der entsprechenden, von der weitüberwiegenden Mehrheit der Staaten der Welt unterzeichneten UN-Chartas und den im Europarat gesetzlich verankerten Bestimmungen, dafür Sorge zu tragen, dass die Menschenrechte für alle Menschen durchgesetzt werden und alle Menschen in Würde leben können. Mahatma Gandhi hat einmal gesagt, dass Hunger der größte Terror ist. Die Überwindung von Hunger bedeutet in einer Welt, die aus vielerlei Gründen das ökonomische System entfesselt hat, dass ein adäquater Zugang zur Kaufkraft für alle Menschen zu sichern ist. Das aktuelle System ist über internationale Verträge organisiert, z.B. über die Welthandelsorganisation (WTO). Diese Verträge können in der Regel nur im Konsens geändert werden und sind durch erhebliche militärische Machtmittel zur Durchsetzung von Eigentumsrechten abgesichert.

Wir thematisieren als Beirat des Ökosozialen Forums Deutschland im Weiteren nur mögliche Änderungen der Verhältnisse im bestehenden rechtlichen Rahmen. Eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale durch die deregulierte Konkurrenz um permanent sinkende Hungerlöhne bei steigendem Potenzial der Erwerbstätigen und zu vielen Bewerbern für zu wenig verfügbare auskömmliche Arbeitsplätze, wie es das neoliberale Modell realisiert, kann für eine vielversprechende Zukunft nicht die Lösung sein, auch nicht bei dem gegebenen internationalen Rechtsrahmen. Vielmehr ist an folgenden Stellen anzusetzen:

1. In der entwickelten Welt sollte mit einer geeigneten Mischung aus Mindestlöhnen bei Arbeitspositionen, die nicht in internationaler Konkurrenz stehen und

Kombilöhnen bei Arbeitspositionen, die in internationaler Konkurrenz stehen, auf auskömmliche Löhne und eine besser balancierte Einkommensverteilung hingearbeitet werden. Wenn dies nicht reicht, um alle mit auskömmlicher Arbeit zu versorgen, bedarf es staatlicher Programme oder einer fördernden Sozialpolitik. Ziel ist dabei die zunehmende Durchsetzung auskömmlicher Löhne weltweit, auch über eine Stärkung der Gewerkschaften mit zunehmend höheren Löhnen, auch in den ärmeren Ländern, wird das Thema Kombilohn an Bedeutung verlieren.

2. In den sich entwickelnden Ländern ist die Situation naturgemäß schwieriger. Für hunderte Millionen Menschen ist Subsistenzlandwirtschaft der Ausgangspunkt. Deshalb ist höhere Wertschöpfung in Subsistenzwirtschaft ein wichtiger Ansatz, auch gemäß der Aussagen des jüngsten Weltagrarberichts IASAAD (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development) UN und Weltbank. Weiterhin sind die beiden folgenden Leuchtturm-Projekte zu erwähnen: Das indische Vollbeschäftigungsprogramm MGNREGA und das "Bolsa Familia" Programm in Brasilien.

Es ist eine besonders hervorzuhebende Leistung der indischen Demokratie, dass sie in den letzten Jahren das **indische Vollbeschäftigungsprogramm MGNREGA** auf dem Land durchgesetzt hat. Jeder Bürger, der zur Arbeit bereit ist, hat einen Rechtsanspruch darauf, in wenigen Kilometern Entfernung von zu Hause im Minimum hundert Tage pro Jahr Arbeit in öffentlichen Infrastruktur- und z.B. Aufforstprojekten zu finden. Diese Projekte fördern als solche den Wohlstand des Landes und garantieren den so Beschäftigten zugleich einen Mindestlohn. Die Umsetzung des Programms ist schwierig. Korruption erschwert vieles. Dennoch wurden große Fortschritte erreicht. Die indische Regierung ist heute der größte Arbeitgeber der Welt. Dass „Lohnhaie“ dieses Programm trotz seiner insgesamt niedrigen Honorierung ablehnen, überrascht nicht. In Brasilien hat der damalige Präsident Lula das **Bolsa-Familia-Programm** etabliert. Es ist ein Nahrungspaket für marginalisierte Familien unter der Bedingung, dass die Kinder in die Schule geschickt werden und an Impfprogrammen teilnehmen. Präsident Lula hat damit die soziale Balance in Brasilien signifikant verbessert.

Die hier beschriebenen Maßnahmen sind unter den heutigen, weltweit bestehenden Vertragsbedingungen für die Märkte umsetzbar. Es gibt auch eine Brücke zu den bei der ILO (International Labour Organization) getroffenen Regelungen zum Thema. Ferner finden sich adäquate Positionen und Verhaltensregeln in der ISO 26000. Es gilt, diese Normen auch unter CSR Aspekten stärker umzusetzen, auch im Rahmen globaler Wertschöpfungsketten. Ihre weltweite Verbreitung könnte dazu beitragen, allen Menschen auf diesem Globus zunächst bescheidene, auf Dauer hoffentlich auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse anzubieten. Zugleich werden Geschäftsmodelle eliminiert, die auf marginalisierten, nicht auskömmlichen Beschäftigungsverhältnissen beruhen.

Derartige Modelle sollten keinen Platz in unserer Welt haben. Ganz abgesehen davon, dass sie auch unter Fairnessaspekten und Fragen der Leistungsgerechtigkeit der Verteilungsverhältnisse inakzeptabel sind. Deshalb sollte der Staat das entsprechende Potential an menschlicher Arbeit und Gestaltungswillen nutzen können, z.B. im Infrastrukturbereich und im Zuwendungsbereich. Und sollte das im Einzelfall nicht voll umsetzbar sein, bleibt als Rückfallposition eine weltweit garantierte World Minimal Allowance von z.B. 2 Dollar pro Tag, wie sie in [www.fairobserver.com](http://www.fairobserver.com) vorgeschlagen und argumentativ vertreten wird. Dies fällt in einen weiter gespannten Rahmen von „Wohlstand für alle“ bzw. faire Teilhabe, bevorzugt über Markt und durch Markteinkommen.

Soziale Balance und damit eine Verankerung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit im Rahmen eines umfassenden Nachhaltigkeitsverständnisses ist möglich. Reiche Länder sollten sich entwickelnde Länder im Besonderen durch Co-Finanzierung entsprechender Arbeitsgarantie- und Ressourcenschutzprogramme fördern. Die Besteuerung von Weltgemeingütern als Finanzbasis für derartige Programme scheint ein gangbarer Weg zu sein. Der wissenschaftliche Beirat des Öko-sozialen Forums Deutschland motiviert, in diese Richtung zu denken und zu handeln.

## Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats

**Vorsitzender  
des Beirats**



**Prof. Dr. Dr.  
Franz-Josef Radermacher**  
Leiter Forschungsinstitut für  
anwendungsorientierte  
Wissensverarbeitung (FAW/n)



**Prof. Dr.  
Felix Ekardt**  
Forschungsgruppe Nachhaltig-  
keit und Klimapolitik, Leipzig



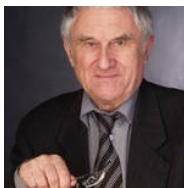
**Prof. Dr.  
Maximilian Gege**  
Bundesdeutscher Arbeitskreis für  
Umweltbewusstes Management  
(B.A.U.M.) e. V.



**Prof. Dr. Dr.  
Ulrich Hemel**  
Institut für Sozialstrategie, Laichingen



**Gabi Hildesheimer**  
Leiterin Geschäftsstelle öbu Netz-  
werk für nachhaltiges Wirtschaften,  
Zürich



**Prof. Dr.  
Rolf Kreibich**  
IZT Institut für Zukunftsstudien  
und Technologiebewertung,  
Berlin



**Prof. Dr.  
Dirk Messner**  
Direktor des Deutschen Instituts  
für Entwicklungspolitik (DIE)



**Prof. Dr.  
Hans G. Nutzinger**  
Professor für Theorie öffentlicher und  
privater Unternehmen an der Universi-  
tät Kassel



**Prof. Dr.  
Thomas Pogge**  
Professorial Fellow, Centre for  
Applied Philosophy and Public  
Ethics (CAPPE), Canberra



**Dieter Reitmeyer**  
redi-Group GmbH, Langenfeld



**Prof. Dipl. Ing.  
Heribert Schmitz**  
Honorarprofessor Hochschule  
Furtwangen University  
Gastprofessor Northwest Universi-  
ty Xi'an, China



**Mag. Dr.  
Stephan Schulmeister**  
Österreichisches Institut für Wirt-  
schaftsforschung



**Dr.  
Maike Sippel**  
Referentin für Nachhaltige Entwick-  
lung an der HTWG Konstanz



**PD Dr.  
Dirk Solte**  
Forschungsinstitut für anwen-  
dungsorientierte Wissensverar-  
beitung (FAW/n)



**Peter Spiegel**  
GENISIS Institute  
for Social Business and Impact  
Strategies



**PD Dr.  
Ulrich Thielemann**  
MeM - Denkfabrik für Wirtschaftsethik



**Jean Ziegler**  
Member of the Advisory Committee  
of the UN Human Rights Council,  
Geneva, Office of the United  
Nations High Commissioner for  
Human Rights (OHCHR)